

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23. Juni 1960 (BGBI. I S. 341) gemäß § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom ... beschlossen. Die Ausarbeitung erfolgte auf Antrag der Gemeinde ... durch die Kreisplanungsstelle St. Wendel.

Festsetzung gemäß § 9 Abs. 1 und 5 des Bundesbaugesetzes

- Geltungsbereich
- Art der baulichen Nutzung
  - zulässige Anlagen
  - ausnahmsweise zulässige Anlagen
- Baugebiet
  - zulässige Anlagen
  - ausnahmsweise zulässige Anlagen
- Maß der baulichen Nutzung
  - Zahl der Vollgeschosse
  - Grundflächenzahl
  - Geschoßflächenzahl
  - Baumassenzahl
  - Grundflächen der baulichen Anlagen
- Bauweise
- Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen
- Stellung der baulichen Anlagen
- Mindestgröße der Baugrundstücke
- Höhenlage der baulichen Anlagen (Maß von OK Gelände bis Mitte Haus bis OK Erdschichtboden)
- Flächen für überdachte Stellplätze u. Garagen sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken
- Flächen für nicht überdachte Stellplätze sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken
- Baugrundstücke für den Gemeinbedarf
- Überwiegend für die Bebauung mit Familienheimen vorgesehene Flächen
- Baugrundstücke für besondere bauliche Anlagen, die privatwirtschaftlichen Zwecken dienen und deren Lage durch zwingende städtebauliche Gründe, insbesondere solche des Verkehrs, bestimmt ist
- Grundstücke, die von der Bebauung freizuhalten sind und ihre Nutzung
- Verkehrsflächen
- Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie der Anschluß der Grundstücke an die Verkehrsflächen
- Versorgungsflächen
- Führung oberirdischer Versorgungsanlagen und -leitungen
- Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen
- Grünflächen, wie Parkanlagen, Dauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zeit- und Badeplätze, Friedhöfe
- Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen
- Flächen für Landwirtschaft und für die Forstwirtschaft
- Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit, eines Erschließungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastende Flächen
- Flächen für Gemeinschaftstellplätze und Gemeinschaftsgärten
- Flächen für Gemeinschaftsanlagen, die für Wohngebiete oder Betriebsstätten innerhalb eines engeren räumlichen Bereichs aus Gründen der Sicherheit erforderlich sind
- Die bei einzelnen Anlagen, welche die Sicherheit oder die Gesundheit der Nachbarschaft gefährden oder erheblich beeinträchtigen, von der Bebauung freizuhaltenden Schutzflächen und ihre Nutzung
- Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern
- Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern

Der geänderte Bebauungsplan wird gemäß § 11 B BauG genehmigt

Saarbrücken, den 23. Mai 1973

Der Minister des Innern - Oberste Landesbaubehörde

SAARLAND  
Der Minister des Innern  
Oberste Landesbaubehörde  
E A 7-3497-3  
Saarbrücken, den 15. Juni 1973

Die öffentliche Auslegung gemäß § 12 B BauG wurde am 15. Juni 1973 ortsüblich bekannt gemacht

Gemeinde Dörrenbach den 15. Juni 1973  
Der Bürgermeister  
Zeichenerklärung  
..... Neuer Geltungsbereich

Aufnahme von

Festsetzungen über die äußere Gestaltung der baulichen Anlagen auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABl. S. 293).

Aufnahme von

Festsetzungen über den Schutz und die Erhaltung von Bau- und Naturdenkmälern auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABl. S. 293).

Benennung von Flächen gemäß § 9 Abs. 3 BBauG

- Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen erforderlich sind
- Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind
- Flächen, unter denen der Bergbau umgeht
- Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind

Nachrichtliche Übernahme von Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 4 BBauG

- 
- 

Planzeichen-Erläuterung

- Geltungsbereich
- Bestehende Gebäude
- Bestehende Straßen
- Geplante Straßen
- Bestehende Grundstücksgrenzen
- Geplante Grundstücksgrenzen
- Baugrenze
- Entwässerungsrichtung
- Weiter
- Geschoßzahl

Der Bebauungsplan hat gemäß § 2 Abs. 6 BBauG ausgelegt vom 4. 10. 1968 bis zum 1. 11. 1968

Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BBauG als Satzung vom Gemeinderat am 4. 12. 1968 beschlossen.

Gemeinde Dörrenbach  
den 19. 1. 1969  
Der Bürgermeister

Der Bebauungsplan wird gemäß § 11 BBauG genehmigt.

Saarbrücken, den 6. 3. 1969

Der Minister für Öffentliche Arbeiten und Wohnungsbau

Im Auftrag

107 (OLB)  
108-7-219/69 Ru/70

Die öffentliche Auslegung gemäß § 12 BBauG wurde am ortsüblich bekanntgemacht.

Gemeinde Dörrenbach, den ...  
Der Bürgermeister

DER LANDRAT DES KREISES ST. WENDEL  
KREISBAUAMT - PLANUNG

BETR.: BEBAUUNGSPLAN „OHLERWIES“ GEMEINDE DÖRRENBACH				M. 1:500
DAT.	NAME	DAT.	NAME	PLAN-N.
GEZ. 19.6.68	Ammann	KREIS-BAURAT	19.6.68	Ammann
ABTL. 19.6.68	Ammann			